

Thema: Natur- und Umweltschutz

„Le gouvernement continuera [...] à plaider en faveur d'un accord ambitieux tant du point de vue économique, social qu'environnemental, dans le strict respect de l'acquis communautaire“, zitierte die Regierung das EU-Verhandlungsmandat in Antwort auf die parlamentarischen Fragen von Justin Turpel (déi Lénk). Luxemburg werde außerdem darauf achten, dass in den Verhandlungen die nationale Gesetzgebung (etwa zu den genveränderten Pflanzen) und europäische Klima- und Energiepolitik gewahrt bleibe. „Unser hohes Schutzniveau hier in Europa steht nicht zur Debatte“, erklärt ebenfalls die EU-Kommission.

„Das ist eine Halbwahrheit“, sagt Pieter de Pous vom Europäischen Umweltbüro (EEB), einem Dachverband von Umweltorganisationen in Brüssel, im Gespräch mit *forum*. Zwar werde die heutige Gesetzgebung nicht direkt von TTIP umgeschrieben. Aber TTIP werde durchaus Folgen für die Umweltpolitik haben, betont er. Erstens würde die Umsetzung der existierenden Regeln erschwert werden, da sich beide Partner auf eine Zusammenarbeit in Bereichen verpflichten wollen, in denen die EU und die USA sehr unterschiedliche Ziele und Methoden verfolgen. Dazu zählt die Zulassung von Chemikalien, wo die EU mit der REACH-Richtlinie eine deutlich andere Strategie verfolgt als die USA. Zweitens: „Der politische Spielraum, um neue Regeln zu erlassen, wird durch TTIP eingeschränkt“, warnt er. Würden Umweltauflagen verschärft, könnten Investorschutzklagen drohen.

Die Folgen von TTIP hängen maßgeblich davon ab, auf welche Weise die sogenannten nichttarifären Handelshemmnisse

abgebaut werden. Eine automatische gegenseitige Anerkennung werde es nicht geben, sagt die Regierung. Allerdings nennt das EU-Verhandlungsmandat als Ziel „das Vertrauen in unsere jeweiligen Konformitätsbewertungsstellen zu stärken“. Die Industriellenvereinigung Fedil unterstützte

Das was die Umweltverbände als Folge des TTIP befürchten – sprich die Aufweichung der europäischen Umweltstandards – plane Jean-Claude Juncker nun selbst, kritisieren Umweltschützer.

dieses Ziel in ihrer Stellungnahme beim Chamberhearing im Juli, denn dies würde die Kosten der exportierenden Unternehmen senken. Dass künftige Standards in transatlantischer Zusammenarbeit entstehen sollen, ist Gegenstand der Verhandlungen unter dem Begriff „regulatorische Kohärenz“ (siehe Glossar). Laut Kommission geht es dabei um technische Details. Doch in den letzten Jahrzehnten wurde in der EU immer wieder lange und erbittert etwa über Abgasgrenzwerte oder CO₂-Emissionen von Autos gestritten.

Technische Standards sind immer auch eine politische Frage. Das einzige historische Beispiel für die Harmonisierung der Regeln in einem großen Handelsraum ist die Schaffung des europäischen Binnenmarktes – mit allen europäischen Institutionen, die daran beteiligt waren. „Die Vorstellung, man könnte einen transatlantischen Handelsraum schaffen, ohne politische Strukturen aufzubauen, könnte man durchaus naiv nennen“, meint de Pous.

Wechselnde Dynamik

Wer reguliert Umwelt- und Gesundheitsrisiken strenger – die EU oder die USA? Vergleicht man die Gesetzgebung über die letzten Jahrzehnte, dann schält sich eine wechselnde Dynamik heraus. So verbot die US-Regierung bereits 1969 den Süßstoff Cyclamat, der unter Verdacht steht, krebserregend zu sein. In der EU wird er bis heute verwendet. Seit 1975 müssen Autos in den USA mit Katalysatoren ausgestattet sein. In Europa brauchte es bis 1992. Doch ab 1990 lässt sich laut dem Politikwissenschaftler David Vogel¹ ein Wechsel der Tendenz erkennen: Genveränderte Pflanzen (GMO) wurden in der EU sehr streng reguliert und sind im Lebensmittelbereich quasi inexistent. In den USA enthalten dagegen fast alle verarbeiteten Speisen GMOs. Mit der REACH-Richtlinie besitzt die EU seit 2006 einen festen Rahmen, der die Zulassung von Chemikalien streng regelt – die letzte Gesetzgebung in den USA geht auf 1976 zurück.

Die strengere EU-Umweltpolitik ist vor allem eine Folge der Durchsetzung des Vorsorgeprinzips (siehe Glossar), das die USA ablehnen. „Convergence is possible“, glaubt jedoch der Politikwissenschaftler Kerry Whiteside. Die Europäer würden heute das Vorsorgeprinzip vorsichtiger anwenden. In den USA gebe es durchaus eine Tradition einer präventiven Umweltpolitik – wie die genannten Beispiele zeigen –, auch wenn diese in letzter Zeit in den Hintergrund getreten sei.²

Der Klimaschutz ist ein weiteres Feld, in dem sich die unterschiedlichen Herangehensweisen zeigen. Die USA haben



das Kyoto-Protokoll nicht ratifiziert und ob ein kommendes internationales Abkommen eine Mehrheit im US-Kongress finden wird, scheint mehr als fraglich. Aufgrund ebendieser fehlenden Mehrheit betreibt Präsident Obama seine Klimapolitik – etwa zur Senkung des Spritverbrauchs von Autos oder der CO₂-Emissionen von Kohlekraftwerken – am US-Kongress vorbei.³ Einziger Lichtblick sind die oft deutlich progressivere Umweltpolitik mehrerer US-Bundesstaaten. Dass die EU-Umweltpolitik von einer transatlantischen Zusammenarbeit profitieren kann, ist aufgrund der verfahrenen innenpolitischen Lage in den USA trotzdem sehr unwahrscheinlich.

Kritik an der neuen Kommission

Doch die Dynamik des EU-Umweltschutzes scheint ebenfalls gefährdet. Die Prioritäten der neuen Juncker-Kommission und die neue Aufteilung der Zuständigkeiten alarmieren die europäischen Umweltverbände („Green 10“). Greenpeace Luxemburg, Mouvement écologique und Natur&Umwelt teilen die Sorgen ihrer europäischen Dachverbände und befürchten eine Herabstufung des Natur- und Umweltschutzes. Bei den geplanten thematischen Schwerpunkten ist keine Rede von Nachhaltigkeit, sondern nur von „grünem Wachstum“, kritisieren die Green 10. Der Spanier Miguel Cañete, dessen Verbindungen zur Ölindustrie

kritisiert werden, soll sich gleichzeitig um Energie und Klimaschutz kümmern. Der Maltese Karmenu Vella wird in der künftigen Kommission für Umwelt, Fischerei und maritime Angelegenheiten zuständig sein. Beiden wird nicht nur wenig Zeit bleiben, sich für Umweltbelange einzusetzen, sondern sie gelten auch keineswegs als überzeugte Umweltschützer. Vella hat darüber hinaus von Jean-Claude Juncker den Auftrag erhalten, die Vogelschutz- und Habitatrichtlinien zu „modernisieren“. Neue Initiativen sind dagegen nicht geplant. Was die Umweltverbände als Folge von TTIP befürchten – sprich die Aufweichung europäischer Umweltstandards – plane Jean-Claude Juncker nun selbst, kritisiert Pieter de Pous.

Energie

Ein Grund, warum der Umweltschutz unter Druck gerät, ist eine Kampagne der Industrie, die hohe Energiekosten und kostspielige Umweltauflagen beklagt. Die Frage, wie Europas Energieversorgung in den kommenden Jahrzehnten abgesichert wird, ist dabei entscheidend für den Grad an Nachhaltigkeit, den die EU erreichen wird. Gelingt eine europäische Energiewende oder wird das Schiefergas zu einem wichtigen neuen Energieträger? Das Schiefergas aus den USA (gewonnen durch *fracking*) und die kanadischen Ölsande spielen in den Verhandlungen zu TTIP und CETA eine wichtige

Rolle. „TTIP est l’instrument idéal pour permettre à l’UE un accès aux ressources énergétiques américaines“, sagte Henri Wagener, der Vertreter der Fedil, beim Chamberhearing. Im Moment profitieren die US-Unternehmen in Folge des Schiefergasbooms von geringen Energiekosten – zum Nachteil ihrer europäischen Konkurrenten. Die Fedil will mit ihrer Forderung explizit den Klimaschutz nicht in Frage stellen. Die sehr negative Klimabilanz dieser neuen Energieträger werde aber bisher in der Debatte um TTIP nicht ausreichend beachtet, kritisiert Pieter de Pous.

Nachhaltigkeitsprüfung

Die Kommission hat eine Studie in Auftrag gegeben, die prüfen soll, welche „wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen“ das TTIP-Abkommen haben wird. Diese Nachhaltigkeitsprüfung wird vom gleichen Institut durchgeführt, das auch die wirtschaftlichen Folgen einschätzte. Die Umweltverbände seien indirekt an der Ausarbeitung beteiligt und würden den Prozess kritisch begleiten, erklärt Pieter de Pous. Allerdings komme es vor allem darauf an, wie ernst die Resultate genommen werden. Im Rahmen der CETA-Verhandlungen gab es ebenfalls eine Nachhaltigkeitsprüfung. Eine Schlussfolgerung dieser Studie war, dass CETA keine Investitionsschutzklausel enthalten solle. Das habe die Kommission aber nicht daran gehindert, an diesem Punkt festzuhalten, kritisiert de Pous. ♦

Laurent Schmit

1 David Vogel, *The Politics of Precaution: Regulating Health, Safety, and Environmental Risks in Europe and the United States*, Princeton University Press, 2012.

2 Kerry Whiteside, *Precautionary Politics. Principle and Practice in Confronting Environmental Risk*, MIT Press, 2006.

3 Obama's green gamble, in: *The Economist*, Juni 2014, <http://www.economist.com/news/united-states/21603482-presidents-new-climate-rule-will-change-america-he-hopes-it-will-change-china-and?zid=313&ah=fe2aac0b11adef572d67aed9273b6e55>, Stand: 24.09.2014.